

NAMIBIA UND ANGOLA

Bernd Althusmann | Hans Siglbauer

DIE BEDEUTUNG DES KLIMAWANDELS FÜR DIE ENERGIEPOLITIK IN DEN LÄNDERN NAMIBIA UND ANGOLA – DIE ZEIT FÜR EINE ENERGIEWENDE IN SUBSAHARA-AFRIKA IST REIF.

Bereits seit mehreren Jahren wird das Thema Klimawandel und dessen Folgen für Afrika mit unterschiedlicher Intensität und aus unterschiedlichsten Gründen debattiert. Der IPCC-Bericht 2007 wies sehr deutlich auf die Folgen des Klimawandels für das südliche Afrika und insbesondere für das trockenste Land des südlichen Afrika, Namibia, hin. Der vorausgesagte Klimawandel stelle u. a. eine ernsthafte Bedrohung der Lebensgrundlagen gerade für die ärmsten Teile der Bevölkerung dar und werde gerade Länder wie Namibia durch sinkende Niederschläge mit Blick auf die Landwirtschaft benachteiligen.¹ Zukünftige Entwicklungen wie sinkende Erträge aus Getreideanbau, Veränderungen des Wasserabflusses und dessen Verfügbarkeit, zunehmende Spannungen durch mehr Dürren und Überflutungen sowie die Beeinflussung der Ökosysteme und Lebensgrundlagen durch Temperaturanstiege und Austrocknung werden mit Blick auf Subsahara-Afrika kausal auf den Klimawandel zurückgeführt.²

Der aktuellste, dritte Teil des Weltklimaberichts 2014 fasst im Wesentlichen zusammen, dass in den letzten zehn Jahren der weltweite Kohlenstoffdioxid-Ausstoß im Durchschnitt um 2,2 Prozent pro Jahr gestiegen sei. Der Anteil der erneuerbaren Energien müsse sich in den nächsten Jahren verdreifachen oder vervierfachen, um den Anstieg der Treibhausgase zu reduzieren und das angestrebte Ziel einer Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes um 40 bis 70 Prozent bis 2050 zu erreichen. Nur so könnten schwerwiegende Folgen wie Dürren oder noch weniger Niederschlag in den Ländern Afrikas als heute abgemildert werden.³ Die tatsächliche Relevanz dieser Zukunftsszenarien



Der Capanda-Staudamm am Cuanzastrom in der Provinz Malanje erzeugt mit vier Turbinen eine Leistung von 520 Megawatt. Die Anlage deckt mehr als die Hälfte des Energiebedarfs Angolas.

in der Regierungspolitik Namibias oder Angolas ist bisher jedoch nicht ausreichend erkennbar. Grundsätzlichere Probleme wie z. B. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine Verbesserung der Bildungschancen, der Gesundheitsversorgung oder die Reduzierung von Hunger und Wasserknappheit für die mehrheitlich in den ländlichen Regionen lebenden Menschen stehen eher im Vordergrund.

Weder in Namibia noch in Angola stehen bisher das Thema Klimawandel und dessen Folgen ganz oben auf der politischen Agenda, was nicht heißen soll, dass die Bedeutung für die Zukunft nicht erkannt worden wäre. Der Nationale Entwicklungsplan Namibias (NDP4-Vision 2030) erkennt durchaus die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung an und hebt dabei besonders die Rolle erneuerbarer Energien hervor, aber mögliche und zeitnah umsetzbare ordnungspolitische Rahmenbedingungen wurden bisher nur in Ansätzen auf den Weg gebracht. Bis heute werden Fragen des Klimawandels in Namibia eher nachrangig debattiert. Die Verursacher für den Klimawandel werden in erster Linie in den Industrienationen Europas, Amerikas oder Asiens gesehen und Chancen auf weitgehende Veränderungen offensichtlich skeptisch beurteilt. Auch in Angola betrachtet die Bevölkerung die Folgen erheblicher Wasser- und Luftverschmutzungen durch die Erdölindustrie besonders im Flussdelta der Cabinda Region offenbar auch zurückhaltend, da letztlich die Ressource Öl Angolas Wirtschaft innerhalb von zehn Jahren enorm hat wachsen lassen. Angolas Fortschritte wären ohne diesen Ölboom undenkbar. Dennoch sind in beiden Ländern unterschiedlich starke Signale erkennbar, die zu einer Neuausrichtung der Energie- und Ressourcenpolitik mittel- bis langfristig führen könnten.

1 | Vgl. Michel Boko et al., „Africa. Climate Change, 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change“, in: M.L. Parry, O.F. Canziani, J.P. Palutikof, P.J. van der Linden und C.E. Hanson (Hrsg.), 04/2007, Cambridge University Press, Cambridge, S. 433–467.

2 | Vgl. ebd., S. 435 f.

3 | Vgl. Christoph Seidler, „Neuer IPCC-Bericht: Klimaschutz-Experten setzen Europäer unter Druck“, Spiegel Online, <http://spiegel.de/wissenschaft/natur/ipcc-wg3-und-eu-klimabericht-heizt-streit-in-europa-an-a-964120.html> [28.07.2014].

In 2012 veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft Von-Oertzen-Consulting eine Studie zur Bedeutung erneuerbarer Energien in Namibia, um insbesondere die politischen Entscheidungsträger für diese Thematik zu sensibilisieren. Aufgrund einer langen Dürreperiode mit zum Teil schwerwiegenden Folgen für Farmer in den ländlichen Regionen Namibias war davon auszugehen, dass dieses Thema auf Interesse stoßen würde. Die offiziellen Reaktionen blieben jedoch noch zurückhaltend. Die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Anfang 2014 eine breit angelegte Studie über die Potenziale erneuerbarer Energien in Namibia, die sich besonders an die junge Generation des Landes wenden soll.⁴ Präsident Pohamba verkündete zudem offiziell in diesem Jahr im Parlament, dass Namibia die Vorteile erneuerbarer Energien nutzen müsse, um die Energieversorgung des Landes zu sichern. Immerhin erzeugt der staatliche Energieversorger Nampower nur rund 39 Prozent des Bedarfs. Der Rest der Elektrizitätsversorgung wird durch Importe aus den umliegenden Ländern abgedeckt.

Mitte April 2014 thematisierte eine zweitägige Energiekonferenz im namibischen Parlament – erheblich gefördert von der Konrad-Adenauer-Stiftung – die Bedeutung des Klimawandels für das südliche Afrika

und dessen voraussichtliche Folgen sowie die Chancen erneuerbarer Energien. Nationale wie internationale Experten tauschten sich dazu aus und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, die Signalwirkung für Namibia und womöglich darüber hinaus entfalten wird. Diese Erklärung fordert von Parlament und Regierung eine stärkere Anerkennung der Folgen des Klimawandels für das Land sowie eine Gesetzesinitiative für eine bessere Nutzung erneuerbarer Energien. Neben einer Vielzahl einzelner Umsetzungsschritte, z. B. einer stärkeren Nutzung von Solarenergie in einem ariden Land mit der höchsten Zahl an Sonnentagen im Jahr, Netzausbaufragen sowie Tarifvergütungen als Zwischenschritten hin zu einem Energie-Einspeise-Gesetz, sollen Klimawandel und nachhaltige Lösungen im Bereich der Energieversorgung zudem Bestandteil in allen Fächern an allen Schulformen werden, um die nachwachsenden Generationen für dieses Thema zu gewinnen. Für Namibia ist damit ein erster Schritt hin zu einer langsamen, aber stetigen Energiewende getan. Das Parlament berät im Juni 2014 das weitere Vorgehen.

Und selbst in Angola scheint das Ölzeitalter endlich und nicht unendlich. Auch dort wird eine stärkere Diversifikation der Wirtschaft gefordert, um auch für Zeiten nach dem Ende des Ölbooms gerüstet zu sein.⁵

KLIMAPROGNOSEN IN NAMIBIA

Namibia gehört zu den trockensten Ländern in Subsahara-Afrika. Das Klima wird vor allem durch den Benguelastrom, der kalte Wassermassen aus der Antarktis an die namibische Atlantikküste bringt, sowie die intertropische Konvergenzzone und die mittlere Hochdruckzone (Mid-Latitude High Pressure Zone) bedingt, die im Norden Namibias aufeinandertreffen. Diese Kombination führt zum Absinken kalter trockener Luftmassen, die Niederschläge weitgehend verhindern.⁶

Die feuchtesten Monate sind von Oktober bis April. Während im Norden Niederschlagsmengen von 700 Millimetern jährlich erreicht werden,

fallen im Süden und Westen teils weniger als 25 Millimeter. Die Temperaturen an der Küste sind relativ niedrig (zehn bis 22 Grad Celsius im Durchschnitt), können jedoch im Landesinneren auf bis zu 37 Grad Celsius ansteigen. Die Verdunstung ist zudem extrem hoch.⁷ Nach aktuellen Prognosen werden die Durchschnittstemperaturen infolge des Klimawandels bis 2065 um ein bis vier Grad Celsius ansteigen. Voraussichtlich wird sich die Regenzeit verkürzen und die Trockenperiode entsprechend länger werden, was gravierende Einflüsse auf das Ökosystem und somit die Lebensgrundlagen der Menschen haben wird.⁸

4 | Natalie Renkhoff (Hrsg.), „2014: Powering Namibia into the Future. Towards Sustainable Energy Production“, Friedrich-Ebert-Stiftung; Margaret Angula, „Gender and Climate Change. Namibia Case Study“, Heinrich-Böll-Stiftung, 2010.

5 | Vgl. „Still much too oily“, *The Economist*, 10.04.2014, <http://econ.st/1pqcwop> [28.07.2014].

6 | Republik Namibia, Ministry of Environment and Tourism, „Namibia Second National Communication to the United Nations Framework Convention on Climate Change“, 2011, S. 19 f.

7 | Ebd., S. 20 f.

8 | Ebd., S. 57 ff.

NAMIBIAS NATIONALE KLIMA- UND ERNEUERBARE ENERGIEN-POLITIK

In der Vergangenheit spielte die Energieversorgung Namibias keine herausragende Rolle in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion. Treibstoffe und der überwiegende Teil des Stroms werden aus Nachbarstaaten, vor allem aus Südafrika, importiert. Sukzessive fand jedoch ein Umdenken statt.

Bereits 1995 ratifizierte das Land die UNFCCC und verabschiedete 1998 ein White Paper on Energy Policy⁹. Zudem existieren ein Namibian Renewable Energy Program sowie ein Renewable Energy and Energy Efficiency Capacity Building Program, die jedoch bis heute nicht den Ausbau der Erzeugungskapazitäten im gewünschten Umfang einleiten konnten. 2010 wurde eine Namibia National Climate Change Policy (NCCP) verabschiedet, die als rechtliches Rahmenwerk zur Anpassung an den Klimawandel dienen soll¹⁰.

AUSBAUHINDERNISSE UND ERNEUERBARE ENERGIEN-POTENZIAL IN NAMIBIA

Im White Paper von 1998 wird auf die fast unerschöpflichen, jedoch kaum erschlossenen Ressourcen Namibias hingewiesen: „Neben dem Wasserkraftpotenzial [...], liegt die gemessene Sonneneinstrahlung in Namibia so hoch wie in keinem anderen Land der Welt (bis zu 3.100 Kilowattstunden/Quadratmeter/Jahr in bestimmten Regionen). Daneben sind exzellente Windressourcen in den Küstengebieten vorhanden“.¹¹ Zentrale Ausbauhindernisse sind u. a. die enorme Abhängigkeit von Importen aus Nachbarstaaten, fehlende oder sehr abstrakte planungsrechtliche Rahmenbedingungen, ein relativ altes und ausbaubedürftiges Netz, sehr niedrige Strompreise wie auch fehlende Finanzmittel und die Bereitschaft zu Investitionen in Erzeugungsanlagen.¹²

Das Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien in Namibia ist enorm. Eine Reihe verschiedener Erzeugungstechniken aus Solar-, Wasser-, Wind- oder auch Biomassequellen stünde bereits heute zur Verfügung und könnte sukzessive zu einer größeren Unabhängigkeit und Autarkie Namibias führen.¹³ Vor allem kleine

Anlagen mit verhältnismäßig geringeren Investitionsvolumina könnten zu einer dezentralen Erzeugung und Versorgung beitragen und den unzureichenden Netzausbau zumindest teilweise kompensieren.

NAMIBIAS ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU UND INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU¹⁴ mit Namibia legte bislang keinen Ansatz auf Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels.¹⁵ Seit dem ersten Quartal 2014 hat die EU jedoch gerade hier einen neuen Fokus gelegt. Insgesamt werden für ca. 6,7 Millionen Euro aus dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds Maßnahmen zur Eindämmung bzw. zur Anpassung an den Klimawandel ausgeschrieben.¹⁶ Vereinzelt wurden bereits Projekte umgesetzt. Darunter befindet sich ein Projekt zur Förderung eines hybriden Ministromnetzes für die Solar-, Fotovoltaik- und Deseleinspeisung mit einer Nennleistung von 202 Kilowatt in Tsumkwe¹⁷ oder auch das ECOFISH-Projekt mit den Anrainerstaaten des Benguelastroms, Angola, Namibia und Südafrika, sowie diversen internationalen Akteuren, wie u. a. der EU, der FAO, des UNDP sowie verschiedener NGOs, zur Verbesserung der Kooperation zur Erhaltung des Ökosystems an der südatlantischen Küste.¹⁸ Eine Reihe von SADC-Dokumenten und -Abkommen zum Klimawandel, sowie das Programm New Partnership For Africa's Development (NEPAD) der AU werden als integraler Teil von Namibias Klimapolitik betrachtet.¹⁹ Zusätzlich zur UNFCCC wird Desertifikation als größtes Risiko infolge des Klimawandels für Namibia betrachtet. Namibia ist daher in multilateralen Foren sehr engagiert, um dieses Phänomen einzudämmen. Im September 2013 wurde die Conference to Combat Desertification der Vereinten Nationen in Windhoek abgehalten, auf der die Namib Declaration erarbeitet wurde.²⁰

14 | Die Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia liegt im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EDF), bei 123,5 Millionen Euro.

15 | EU, EEAS, „Technical and financial co-operation“, http://eeas.europa.eu/delegations/namibia/eu_namibia/tech_financial_cooperation/index_en.htm [28.07.2014].

16 | EU, EEAS, „Call for Proposals Climate Change Adaptation and Mitigation, Including Energy (27/03/2014)“, http://eeas.europa.eu/delegations/namibia/grants_tenders/files/20140205_en.htm [28.07.2014].

17 | Fn. 15; Tsumkwe Energy, „Outcomes“, 2012, <http://tsumkwe.startaenweb.com/outcomes> [28.07.2014]; Europäische Kommission, „Environment. Tsumkwe Energy in Namibia“, 2014, http://ec.europa.eu/europeaid/documents/case-studies/namibia_environment_tsumkwe_en.pdf [28.07.2014].

18 | Benguela Current Commission, <http://benguelacc.org> [28.07.2014].

19 | Fn. 10, S. 32

20 | Vgl. Republik Namibia, „Statement by H. ehifikepune Pohamba“, Rede beim Gipfeltreffen der AU, 30.01.2014, <http://bit.ly/1kmro91> [28.07.2014]; Fn. 10, S. 32.

9 | Vgl. ebd., S. 18, 101.

10 | Vgl. Republik Namibia, Ministry of Environment and Tourism, „National Policy on Climate Change for Namibia“, 2010; Republik Namibia, Ministry of Environment, „Convention on Climate Change“, 2011, S. 101.

11 | Republic of Namibia, Ministry of Mines and Energy, 1998: White Paper on Energy Policy, S. 43

12 | Vgl. Detlef von Oertzen, „Namibia's Energy Future. A Case for Renewables“, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012, S. 15, 37 ff., 86.

13 | Ebd., S. 43 ff.

KLIMAPROGNOSEN IN ANGOLA

Angolas Klima ist tropisch mit ganzjährig stabilen Temperaturen (20 bis 25 Grad Celsius). Der regenintensivste Zeitraum ist von Oktober bis April (100 bis 250 Millimeter pro Monat). Die feuchteste Region ist der Nordosten und die Niederschlagsmenge nimmt Richtung Süden und Westen ab. Von 1960 bis 2006 ist die Regenmenge um durchschnittlich zwei Millimeter pro Jahrzehnt gesunken. Die jährliche Durchschnitts-

temperatur ist zwischen 1960 und 2006 um 1,5 Grad Celsius angestiegen. Sie soll bis 2060 um 1,2 bis 3,2 Grad und bis 2090 um 1,7 bis 5,1 Grad Celsius ansteigen.²¹ Voraussagen zur Entwicklung der Regenmenge sind widersprüchlich (-27 bis +20 Prozent in 2090). Die südlichen Provinzen Cunene, Huila und Namibe haben in den vergangenen Jahren unter einer starken Dürreperiode gelitten.²²

ANGOLAS NATIONALE KLIMA- UND ERNEUERBARE ENERGIEN-POLITIK

Der Klimawandel und dessen Folgen werden in Angola in erster Linie als Bedrohung für Wirtschaft und Bevölkerung wahrgenommen. In der öffentlichen Diskussion ist das Thema jedoch wenig hörbar und wenn, dann nur, um die Auswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten, nicht jedoch Möglichkeiten zur Bekämpfung der Ursachen dieses Phänomens darzulegen. 2011 verabschiedete Angola eine National Energy Strategy, deren zentrale Punkte u. a. folgende sind:²³

- Hauptziel: Vervierfachung der Energieerzeugung bis 2025,
- dezentrale Erzeugung in kleinen Kraftwerken/Generatoren, vor allem aus Wasser-, Solar- und Windkraft und durch die Verwendung lokaler Wertstoffe (Hausmüll), wo ökologisch und ökonomisch sinnvoll,
- Elektrifizierung großer Landesteile, vor allem ländlicher Gebiete (Ziel für 2025: 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung mit Zugang zur Stromversorgung, heute ca. 40 Prozent, vor allem in urbanen Regionen),
- Senkung des Anteils von Biomasse bei der Energieerzeugung von 64 (2009) auf 35 Prozent (2025), zur Schonung von Wäldern und Savanne als CO₂-Speicher.

Weitere Initiativen Angolas beinhalten das 2012 neugegründete Zentrum für Tropenökologie und Klimawandel sowie eine 2013 erstmals abgehaltene internationale Konferenz über Energie und Wasser.²⁴

ANGOLAS HALTUNG ZUR EU UND ZU MULTILATERALER KOOPERATION BEI KLIMA- UND ERNEUERBARE-ENERGIEN-THEMEN

Angola und die EU vereinbarten 2012 den EU-Angola Joint Way Forward (JWF) als Basis für künftige bilaterale Zusammenarbeit in einer Reihe von Themen.²⁵ Im Rahmen des JWF versuchen Angola und die EU u. a. in folgenden Bereichen zu kooperieren:²⁶

- Eindämmung und Umkehr negativer Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Klimawandel;
- Transfer von Wissen und Erfahrungen zwischen wissenschaftlichen Institutionen;
- Informationsaustausch zu Energiepolitik, -versorgung, -sicherheit, diversifizierung und -effizienz sowie den Austausch von *best practices*;
- Gemeinsame Projekte zum Ausbau der (erneuerbaren) Energieversorgung.

Angola ist dem globalen Klimaschutzregime der UNFCCC verpflichtet. Das Land bittet in multilateralen Foren regelmäßig um Technologietransfer sowie um finanzielle Unterstützung von Industriestaaten. Angola betont gleichzeitig, dass seine wirtschaftliche Entwicklung nicht von Klimainitiativen bedroht werden

21 | Vgl. C. McSweeney, M. New und G. Lizcano, „UNDP Climate Change Country Profiles: Angola“, 2010, <http://bit.ly/1tsUKVS> [28.07.2014].

22 | Vgl. Joao Baptista Borges, Rede bei der COP19 in Warschau, 2013, http://unfccc.int/files/meetings/warsaw_nov_2013/statements/application/pdf/cop19_hls_angola.pdf [28.07.2014].

23 | Vgl. Republik Angola, Ministry of Energy and Water, „The National Energy Security Strategy and Policy; Pres. Decree No. 256/11“, 2011.

24 | „Governo angolano inaugura Centro de Ecologia e Alterações Climáticas“, Africa21Digital, 25.08.2012, <http://africa21digital.com/conhecimento/ver/20028115> [28.07.2014]; Angola Conferencia sobre Energia e Aguas (ACEEW), 2013, <http://aceew.org> [28.07.2014].

25 | Anm. d. Verf.: Weitere bedeutende Dokumente zur multilateralen Kooperation beinhalten das Cotonou-Abkommen und die Joint Africa-EU Strategy (JAES).

26 | Vgl. ebd.

dürfe.²⁷ Die Vereinten Nationen haben Initiativen zu Umweltschutz und Klimawandel in ihrem Development Programme for Angola vorgesehen.

STATUS QUO DER ERNEUERBARE-ENERGIEN-PRODUKTION UND UNERSCHLOSSENES POTENZIAL IN ANGOLA

Die erneuerbaren Energien tragen aktuell durch eine breite Nutzung von Biomasse einen Teil zur Energieproduktion bei. Großes Ausbaupotenzial bietet die Windenergie in der Namibe Provinz. Solarenergie und Fotovoltaik sind vor allem im Süden sinnvoll, wo die Sonneneinstrahlung am höchsten ist. Wasserkraft könnte entlang der langen Flüsse und am Meer einträglich sein.²⁸ Die fossilen Ressourcen, besonders Rohöl, werden bislang kaum zur Energieerzeugung verwendet. Ihr Beitrag soll jedoch auf 45 bis 55 Prozent des angolanischen Energie-Mixes steigen (2009: 33 Prozent).²⁹ Die nachgewiesenen Erdgasressourcen liegen bei 270 Milliarden Kubikmetern und werden auf mehr als 1.200 Milliarden Kubikmeter geschätzt (Stand 2009).³⁰ Diese Absichten und Handlungsmotive konterkarieren jedoch den Ausbau der erneuerbaren Energien in Angola.

ZUSAMMENFASSUNG FÜR NAMIBIA UND ANGOLA

Es scheint, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen sowie potenzielle Anpassungs- und Gegenmaßnahmen langsam, aber mit zunehmender Relevanz in der namibischen Öffentlichkeit, in den Medien und vor allem bei den politischen „Entscheidern“ an Bedeutung gewinnen. Oft sind es aber Beschränkungen in der finanziellen Ausstattung durch hohe Investitionskosten, der fehlenden technischen Realisierbarkeit oder auch noch fehlender Wille der politischen Verantwortungsträger, dass relevante Projekte zur Energieversorgung – egal ob aus fossilen oder erneuerbaren Quellen – nicht ausreichend angestoßen werden. Vor allem die Versorgung mit Wasser, sowohl zur direkten Ernährung als auch als Produktionsressource (z. B. in der Landwirtschaft oder als Kühlmittel), ist von ebenso zentraler Bedeutung, wenn nicht sogar im Bewusstsein der Bevölkerung von höherer Bedeutung.

Die breite Bevölkerung in Namibia scheint für das Thema Klimawandel demnach noch nicht ausreichend sensibilisiert. Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung jüngst angestoßene Erörterung im namibischen Parlament war ein Startsignal für eine längst überfällige und ernsthafte Auseinandersetzung mit den Chancen erneuerbarer Energien und den Folgen des weltweiten Klimawandels. Schon in dieser ersten Konferenz Namibias zu Energiefragen war spürbar, dass Namibia ganz offenbar im südlichen Afrika eine neue Führungsrolle in Fragen erneuerbarer Energien übernehmen will, zumal die natürlichen Voraussetzungen im Land für die stärkere Nutzung optimal sind. Wenn es demnach gelänge, alsbald in Namibia die gesetzlichen Voraussetzungen für eine entsprechende Einspeisung regenerativer Energien ins öffentliche Netz zu schaffen, wäre ein bedeutsamer Schritt dieses Landes für den Klimaschutz und den Beginn einer Energiewende getan. Ebenso ergeben sich so voraussichtlich für die meist von Dürren geplagten Farmer neue Einkommensquellen und damit neue Chancen der Bewirtschaftung ihrer Flächen. Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung sehr aktuell vorgeschlagene Idee eines namibischen Programms vom „Landwirt und Energiewirt“ in Anlehnung an deutsche Erfahrungen, stößt auf deutliche Resonanz unter Farmern und ersten Abgeordneten des Parlaments. Dass sich das Land Namibia von einer stärkeren Nutzung neuer Formen der Energieproduktion zusätzlich ein Schließen von Energieversorgungslücken erhofft und ebenso eine geringere Abhängigkeit von Stromimporten, befördert die Debatte um die Folgen des Klimawandels und die Chancen erneuerbarer Energien in Namibia zusätzlich.

In Angola – im Gegensatz zu Namibia – sind der Klimawandel und dessen Folgen nahezu noch kein Thema von gesellschaftlicher Relevanz. Eine medial gestützte Diskussion über dieses Thema findet kaum statt. In der Politik beschränken sich Entscheidungsträger darauf, das Wirtschaftswachstum überwiegend auf Basis fossiler Ressourcen auszubauen und auf multilateraler Ebene Unterstützung der Industrieländer zu erbitten. Eine langsame Öffnung des stark abgeschotteten Marktes für ausländische Investitionen sowie ein langsames Umdenken, vorrangig hinsichtlich der Bedeutung einer flächendeckenden Stromversorgung, ist aber in Ansätzen erkennbar.

27 | Exemplarisch: VN, „Small Island Countries Say Climate Change Already Threatens ‚Very Existence‘, Urge Immediate Aid to Vulnerable States, in General Assembly Debate“, Pressemitteilung, 12.02.2008, <http://un.org/News/Press/docs/2008/ga10689.doc.htm> [28.07.2014].

28 | Vgl. Fn. 23, S. 12, 14.

29 | Vgl. ebd., S. 3. Die Produktion fossiler Brennstoffe machte 2008 ca. 60 Prozent des BIPs aus, weshalb hier auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle spielen dürften.

30 | Ebd., S. 19.